

Maßnahmenpapier Corona-Bildungspakt:

Anforderungen an Schule unter den Bedingungen der Pandemie

Die Berliner Schulen stehen angesichts der Corona-Pandemie auch im Schuljahr 2020/21 vor ungeahnten Herausforderungen. Das Recht auf Bildung und der Gesundheitsschutz aller Beteiligten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bei regulären Gruppengrößen in kleinen Räumen wie es derzeit der Fall ist, ist es fraglich, wie der Schutz vor Infektionen gewährleistet werden soll. Da die Schließung von Schulen und Kitas bei vielen Kindern und Jugendlichen Beeinträchtigungen der psychischen und physischen Entwicklung zur Folge hatte, muss diese verhindert werden. Hierzu müssen die Infektionsrisiken in den Bildungseinrichtungen zum Beispiel über die Einrichtung kleinerer Gruppen gesenkt werden.

Die Senatsbildungsverwaltung muss ihre Vorgaben klarer und frühzeitiger kommunizieren. Den Schulen müssen die notwendigen zeitlichen, personellen und sachlichen Ressourcen bereitgestellt werden, um diese Krise meistern zu können. Als Bündnis aus Schüler*innen, Eltern, Beschäftigtenvertreter*innen und Schulleiter*innen fordern wir dafür die Bereitstellung von 1 Milliarde Euro Corona-Soforthilfe.

Alle Gremien nach Schulgesetz und die Beschäftigtenvertretungen sind umfassend zu beteiligen. Darüber hinaus schlagen wir die folgenden kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen vor:

1. Gesundheitsschutz

Der Gesundheitsschutz aller an Schule Beteiligten ist sicherzustellen! Kurzfristig bedeutet das:

- Die bezirklichen Gesundheitsämter müssen verlässliche und erreichbare Ansprechpersonen für Schulen bereitstellen. Es braucht klare Zuständigkeit nach Kontaktprinzip.
- Abläufe und Zuständigkeiten auf Seiten der Gesundheitsämter, Schulaufsichten, Schulleitungen im Falle von Infektionen oder Verdachtsfällen sind klar zu benennen. Es braucht klare Ablaufpläne mit eindeutig geklärten Zuständigkeiten.
- Es sind Vorgaben zum Umgang mit Erkältungssymptomen zu erstellen, um für Beschäftigte, Eltern und Schüler*innen Handlungssicherheit zu schaffen.
- Alle Hygienemaßnahmen müssen im Unterricht und der ergänzenden Förderung und Betreuung gleichermaßen umgesetzt werden.
- Der Musterhygieneplan muss praxistauglich weiterentwickelt werden. Es braucht verlässliche Regeln zum Tragen der Maske.
- Berlin braucht eine Task Force.
- Für Pädagog*innen sind FFP2-Masken bereitzustellen.
- Es müssen bereits jetzt personelle, räumliche, schul- und lernorganisatorische Vorkehrungen für den Herbst/Winter getroffen werden.

Mittelfristig bedeutet das:

- Es braucht mitbestimmte Gefährdungsbeurteilungen. Dafür sind zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

2. Personelle Ausstattung

Wir brauchen eine Einstellungsoffensive – jetzt! Mittelfristig heißt das:

- Die Senatsbildungsverwaltung muss mehr dafür tun, Pädagog*innen für die Berliner Schule zu gewinnen. Zielgerichtet müssen Menschen mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen zusätzlich eingestellt werden.
- Die Personalkostenbudgetierung (PKB) muss funktional neugestaltet und aufgestockt werden, für alle Beschäftigten an den Berliner Schulen.

Langfristig sind folgende Punkte notwendig:

- Für kleinere Lerngruppen und multiprofessionelle Teams brauchen die Berliner Schulen mehr Personal. Die Zumessungsrichtlinien müssen an dieses Ziel angepasst werden:
 - a) Es muss eine dauerhafte Vertretungsreserve von 10 Prozent geschaffen werden, nicht nur für Lehrkräfte, sondern auch für sozialpädagogische Fachkräfte.
 - b) Es müssen grundsätzlich mehr Lehrkräftestunden zur Verfügung gestellt werden, um die Klassengrößen abzusenken. Für die ergänzende Förderung und Betreuung ist der Personalschlüssel 1 zu 15 umzusetzen.
 - c) Es braucht mehr Anrechnungsstunden für Klassenleiter*innen.
 - d) Jede Schule braucht min. eine*n IT-Administrator*in.
 - f) Die bei freien Trägern beschäftigten Erzieher*innen sollten auch vormittags eingesetzt werden können über den in der VHG gültigen Berechnungsschlüssel. Dafür braucht es Personalaufwuchs.
 - g) Das Jahresarbeitszeitminutenmodell muss abgelöst werden.
 - h) Es braucht zusätzliche feste Stunden für schul- und unterrichtsorganisatorische Tätigkeiten.
- Erzieher*innen in berufsbegleitender Ausbildung dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

3. Räumliche und bauliche Bedingungen

Die Corona-Pandemie führt die Versäumnisse der letzten Jahre drastisch vor Augen. Kurzfristig müssen die folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

- Eine adäquate Belüftung von Klassen- und Personalräumen muss sichergestellt sein, Fenster müssen sich öffnen lassen – in Neu- und Bestandsbauten.
- Es braucht verlässlich min. eine Reinigungskraft pro Schule. Zusätzlich zur jährlichen Grundreinigung und den täglichen nächtlichen Reinigungen muss eine tägliche Tagesreinigung erfolgen.
- Klassenzimmer müssen auch weiterhin mit Waschbecken mit warmem Wasser ausgestattet sein, ggfs. müssen mobile Waschbecken vorgehalten werden.
- Es müssen sofort alle nötigen baulichen Instandsetzungsmaßnahmen in die Wege geleitet werden.
- Insbesondere für die kalte Jahreszeit müssen technische Vorkehrungen getroffen und Lüftungssysteme bereitgestellt werden.

Mittelfristig müssen die folgenden Punkte sichergestellt werden:

- Um das Arbeiten in Kleingruppen zu ermöglichen und auf diese Weise das Infektionsrisiko zu senken, braucht es zusätzliche (auch außerschulische) Räume, z. Bsp. in Jugendzentren.

Langfristig notwendig ist:

- Neubauten und Instandsetzungen müssen mit aller Kraft vorangetrieben und dabei den Anforderungen der Pandemie gerecht werden. Die Berliner Schulen benötigen mehr Platz!

4. Lernkonzepte

Das Lernen in Kleingruppen hat sich bewährt. Hier kann die Krise zur Chance werden. Kurzfristig bedeutet das:

- Es sollte so viel Präsenzbetrieb wie möglich geben. Das Lernen in Kleingruppen muss in Pandemiezeiten zum Regelmodell werden.
- An weiterführenden Schulen sollte ein Mix aus Präsenz- und Distanzlernen umgesetzt werden.
- Für Grundschul Kinder ist mithilfe zusätzlichen Personals die ganztägige Betreuung sicherzustellen. Die Möglichkeiten des Berliner Bildungsprogramms zur Rhythmisierung des ganztägigen Lernens sind zu nutzen, um zu kleinen Gruppen zu kommen.

Mittelfristig bedeutet das:

- Es braucht veränderte Lernorganisation, z. Bsp. in Form von Lernbüros/epochalem projektorientiertem Unterricht, bei dem eine Lerngruppe über einen längeren Zeitraum hinweg interdisziplinär von einer bzw. einigen wenigen Lehrkräften betreut wird.
- Das Verhältnis von Präsenz- und Distanzlernen kann individuell für jede*n Schüler*in entschieden werden. Auch auf diese Weise ließen sich Lerngruppen effektiv verkleinern.

Langfristig fordern wir:

- Alternative Formen des Lernens und der Leistungsbewertung sollten grundlegend implementiert werden.
- Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sollten Prüfungen stärker individualisiert und modularisiert werden, um sich so dem individuellen Lernfortschritt der Schüler*innen anzupassen.
- Informelles Lernen im Ganztage und an außerschulischen Lernorten muss gestärkt werden.

5. Digitalisierung

An den Berliner Schulen ist die digitale Welt vielerorts noch immer Neuland. Kurzfristig muss sichergestellt werden:

- Die Berliner Schulen brauchen angemessene digitale Infrastruktur und klare Regeln für deren Nutzung, insbesondere in Bezug auf Datenschutz. Die Beschäftigtenvertretungen sind dabei umfassend zu beteiligen.
- Insbesondere müssen Rahmenbedingungen für arbeits-, gesundheits- und datenschutzkonformes zeitgemäßes Arbeiten geschaffen werden, u.a. für die Einführung von sicheren Dienst-Email-Postfächern für alle an Schule Beschäftigten, die sichere Bearbeitung von personenbezogenen Daten in der Verwaltung sowie funktionale Speicherlösungen (Cloudsysteme etc.).
- Alle Berliner Schulen brauchen eine Breitbandanbindung und min. eine*n IT-Administrator*in.
- Auch die Beschäftigten bei freien Trägern müssen ans Schulnetz angebunden werden.

- Digitales Lernen sowie die Kombination aus Präsenz- und Onlineunterricht dürfen nicht zu einer Mehrbelastung der Beschäftigten führen.
- Bei der Anschaffung und Bereitstellung von Endgeräten müssen die Schulen ein Mitspracherecht haben, damit sie mit den bestehenden Mediennutzungskonzepten kompatibel sind.

Mittelfristig muss sichergestellt werden:

- Pädagog*innen und Schüler*innen sind Endgeräte bereitzustellen.
- Darüber hinaus braucht es mitbestimmte Regeln für die Nutzung eigener Endgeräte.
- Die Nutzung und Erarbeitung von Bildungsmaterialien (OER) zu datenschutzkonformen Lernplattformen und Kommunikationswegen ist voranzutreiben.
- Für den Ausbau des Berliner Lernraums braucht es feste (Personal-)Strukturen.

Langfristig notwendig ist:

- Das Angebot an Fort- und Weiterbildungen für die Pädagog*innen muss massiv ausgeweitet werden. Medienkompetenz muss Teil der Aus- und -fortbildung werden.